

NRW LANDTAGSWAHL – REINHARD JUNG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Drolshagen,

am 09. Mai 2010 wird bei uns in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Ich gehöre dem Parlament seit 2005 an. Bisherige Schwerpunkte meiner Tätigkeit sind der Petitions- und der Ausschuss für Bauen und Verkehr. Die Arbeit eines Abgeordneten findet aber nicht nur in Düsseldorf statt. Mindestens ebenso wichtig ist die ständige Präsenz in den sieben Städten und Gemeinden des Kreises Olpe. Die Belange und Interessen der hier lebenden Menschen liegen mir besonders am Herzen. Ich verstehe mich in den Düsseldorfer Gremien in aller erster Linie als engagierter Vertreter und Anwalt meiner Heimat. Von zentraler Bedeutung für meine Arbeit waren und sind die vielfältigen Kontakte zu Institutionen, Verbänden, Vereinen,

Gerne erinnere ich mich daran, dass NRW-Verkehrsminister Lutz Lienenkämper im vergangenen Jahr auf meine Einladung den Kreis Olpe besucht hat. Damals ging es u.a. um Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn in Frenkhausen, Hünsborn und Ottfingen. Inzwischen wurden diese zum Teil bereits umgesetzt, und auch die ersehnte Lärmschutzwand in Frenkhausen wird in absehbarer Zeit errichtet. An dieser Stelle gebührt nicht zuletzt der Stadt Drolshagen mein herzlicher Dank dafür, dass sie sich an den Kosten beteiligt und diese wichtige Maßnahme damit spürbar beschleunigt hat. Auch sieht man an diesem Beispiel, wie hilfreich und nützlich im konkreten Fall das verfassungsrechtlich garantierte Petitionsrecht sein kann.



Gewerkschaften, Unternehmen und natürlich vor allem auch zu den Kommunen hier vor Ort. So habe ich in den vergangenen Jahren stets das Gespräch mit den Bürgermeistern und auch mit dem Landrat gesucht, unabhängig davon, ob diese wichtigen Repräsentanten Parteifreunde sind oder nicht. Denn eines steht für mich außer Frage: Wenn es darum geht, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam an der Lösung von Problemen zu arbeiten, dürfen und sollten Parteigrenzen keine Rolle spielen.

Schließlich stand am Anfang die Petition eines Frenkhausener Bürgers, durch die diese - für Drolshagen sehr erfreuliche - Entwicklung angestoßen wurde. Keine Frage, dass ich mich als Verkehrspolitiker auch in den kommenden Jahren für einen optimalen Lärmschutz entlang unserer Autobahnen einsetzen möchte. Ganz oben auf meiner Agenda stehen zudem die Landesstraßen im Kreis Olpe, die über weite Strecken einen ganz erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen. Gerade auch auf diesem Gebiet haben CDU und FDP

Reinhard Jung steht für

- ✓ die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
- ✓ die Stärkung der Arbeitnehmerrechte
- ✓ gebührenfreie Kindergärten
- ✓ die Abschaffung der Studiengebühren
- ✓ die Sicherung der kommunalen Finanzen
- ✓ Umweltschutz
- ✓ politische Integrität

nicht gehalten, was sie den Menschen vor fünf Jahren versprochen haben. Und jetzt noch ein wichtiger Hinweis: Erstmalig bei einer Landtagswahl haben Sie zwei Stimmen - wie bei einer Bundestagswahl. Mit der Erststimme wird der Wahlkreiskandidat gewählt, die Zweitstimme entscheidet über die künftige Gewichtung der Parteien im Parlament. - Ich bitte Sie um Ihr persönliches Vertrauen. Geben Sie mir Ihre Erststimme, so dass ich weiterhin gute Arbeit für den Kreis Olpe leisten kann. Schön wäre es, wenn Sie zusätzlich auch Ihre Zweitstimme der SPD geben würden. Damit könnten Sie ein Zeichen setzen gegen die unsoziale schwarz-gelbe Klientelpolitik in Land und Bund.

Herzlichst

Reinhard Jung (Mdl)

Wichtiger Hinweis!

Erstmalig bei einer Landtagswahl haben Sie zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählen Sie Ihren Wahlkreiskandidaten und mit der Zweitstimme die Partei. Deshalb:

Erststimme
Reinhard Jung



Zweitstimme
SPD

Impressum

Herausgeber:
SPD-Drolshagen Ortsverein,
Hendrik Frydrych / Vorsitzender,
SPD-Drolshagen Fraktion,
Thomas Gosmann / Vorsitzender

Redaktion/Verantwortliche für den Inhalt:
Hendrik Frydrych, Thomas Gosmann
hendrik.frydrych@spd-drolshagen.de
thomas.gosmann@spd-drolshagen.de

Anschrift:
SPD-Ortsverein Drolshagen
Hendrik Frydrych
Goethestr. 8
57489 Drolshagen
www.spd-drolshagen.de

Konzept/Gestaltung/Grafik:
Werbe- und Kreativagentur Colak & Partner
www.colak-partner.de

Druck:
Druckerei Frey Print+Media

DAS ROSEBLÄTTCHEN

Zeitung für Drolshagen

Ausgabe 46



Liebe Leserin, lieber Leser,

wir staunten nicht schlecht, als der Fraktionsvorsitzende der CDU die Fraktionen der SPD und der beiden Wählergemeinschaften kürzlich als "Vereinigte Drolshagener Opposition (kurz: VDO)" bezeichnete. Hintergrund: Auf Antrag dieser drei im Rat vertretenden Fraktionen musste der Bürgermeister außerplanmäßig den Haupt- und Finanzausschuss einberufen, um Rede und Antwort zu den besorgniserregenden Entwicklungen des Haushalts Stellung zu nehmen. Der Landrat hatte bekanntlich in einem langen Brief zahlreiche Monierungen zum Drolshagener Haushalt angebracht. CDU und Bürgermeister hatten es offenbar nicht für erforderlich gehalten, die Stadtverordneten zu informieren. Schließlich wurde auf unseren Vorschlag hin die Gründung eines interfraktionellen Arbeitskreises beschlossen, der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeiten soll.

Der Schmerz über die hohen Verluste der CDU bei der letzten Kommunalwahl scheint dort immer noch anzuhalten. Anders ist die Nervosität des CDU-Fraktionsvorsitzenden über den gemeinsamen Antrag nicht zu erklären. Bei aller Unterschiedlichkeit der beiden Wählergemeinschaften und der SPD eint sie jedoch eines: Der unbedingte Wille zur Kontrolle der Verwaltung – so wie es die Gemeindeordnung vorsieht. Darauf haben Sie, liebe Drolshagener, einen Anspruch.

Herzlichst

Hendrik Frydrych
Ihr Hendrik Frydrych
Ortsvereinsvorsitzender

SPD stellt sich hinter Anwohner

Humboldtstraße als Standort für ein Mehrgenerationenhaus ungeeignet

Drolshagen. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde erstmals über ein Bauvorhaben des „Herrnscheider Kinderneustes“ in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales berichtet. Der Vorsitzende des Elternvereins stellte ausführlich die Pläne dar, neben der Erweiterung des Kindergartens um eine weitere Gruppe auch Räumlichkeiten für die Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses (MGH) vorzusehen. Der Sitzung vorausgegangen war ein Schreiben von Anwohnern, die ihre Sorge zum Ausdruck brachten, dass durch das Bauvorhaben die ohnehin chaotische Verkehrssituation weiter angeheizt werde. Derzeit stelle sich die Situation so dar, dass Ausfahrten und Gehwege zugeparkt würden und es zu erheblichen Schwierigkeiten auch für den Busverkehr komme. Die Verkehrssicherheit der Kinder sei erheblich gefährdet. Enttäuscht

seien die betroffenen Anwohner von der Stadtverwaltung, die nicht effektiv die Verkehrsproblematik in die Hand nehme. Schließlich lassen die Anwohner durchblicken, dass sie auch mit rechtlichen Mitteln gegen eine Baugenehmigung vorgehen würden. Der Elternverein beteuerte, dass man auf die Meinung aus dem politischen Raum Wert lege. Man sei einerseits bereit, das MGH-Projekt mit einem Volumen von immerhin 600.000 € durchzuführen. Andererseits sei man aber nicht dazu verdammt, dies auf Biegen und Brechen durchzudrücken.



Schließlich forderte Bürgermeister Hilchenbach die Fraktionen auf, ein eindeutiges Signal zu geben, da die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden könne. Der Elternverein brauche eine schnelle Entscheidung. Er selber verkenne zwar nicht die Verkehrssituation, unterstütze jedoch das Vorhaben des Herrnscheider Kinderneustes.

Der Druck des Bürgermeisters und das Drängen auf eine schnelle Entscheidung verblüfft allerdings! Die SPD-Fraktion stellt klar, dass nur durch ihren Antrag hin die Angelegenheit erstmals ausführlich im Ausschuss für Bildung und Soziales auf die Tagesordnung gekommen ist. Der übliche »nächste Seite

Inhalt

Titelseite

- Editorial
- Humboldtstraße ungeeignet für geplantes Mehrgenerationenhaus

Seite 2

- Fortsetzung Titelthema: "Mehrgenerationenhaus"
- Kreuzworträtsel – Mit Reinhard Jung gewinnen

Seite 3

- Belastung der Bürger durch rückwirkende Regenwassergebühr
- Transparente Kommunalpolitik: Öffentliche Sitzung der SPD-Fraktion

Seite 4

- Landtagswahl 2010: Reinhard Jung (Mdl) mit Ihrer Stimme stärken!



Weg wäre nämlich folgender gewesen: Das Schreiben der betroffenen Bürger wäre als sog. Anregungs- und Beschwerdesache nach der Hauptsatzung der Stadt zunächst dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt worden. Dieser hätte das Thema in den Fachausschuss, hier dem Ausschuss für Stadtentwicklung, zur weiteren Beratung verwiesen. Dieser tagt allerdings erst wieder Ende Juni des Jahres. Im Laufe der bisherigen Beratungen kam nun heraus, dass die Verwaltung bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahres von dem Bauvorhaben umfassend Kenntnis hatte.

Die SPD-Fraktion fragt, warum der Bürgermeister nicht früher die politischen Gremien mit der Angelegenheit betraut hat. Auch liegt zwischenzeitlich die Baugenehmigung für den Neubau eines Mehrgenerationenhauses und der Erweiterung der Kindertagesstätte seitens des Kreises Olpe vor. Insofern erstaunt, warum der Elternverein nun plötzlich derart an einem politischen Votum interessiert ist, wenn der Bau des MGH bereits längst beschlossene Sache war. Ferner ist bekannt, dass die Gruppenerweiterung am 1. August fertig gestellt sein muss, da ansonsten für das nächste Kindergartenjahr die Belegung der Gruppe nicht stattfinden kann. Dies bedeutet wohl auch, dass mit den Bauarbeiten umgehend begonnen werden muss, wenn der Elternverein diesen Termin einhalten will. Interessant ist auch, dass Familienminister Armin Laschet dem Herrnscheider Kindernebst auf seiner Wahlkampftour einen Besuch abstattet und die Bestrebung, ein MGH am Kindernebst anzubinden, begrüßt. Offenbar ist es wichtiger, ministeriale Unterstützung aufzufahren, die Belange der Nachbarn allerdings hintan zu stellen. Es liegt deutlich der Schluss nahe, dass der Bauvorhabenträger an einem politischen Signal von Anfang an nicht interessiert war und er die politischen Dimension erst durch die öffentliche Diskussion erkannt hat. Wenig glaubhaft sind daher die Versuche des Bürgermeisters, die Wichtigkeit des Projektes darzustellen, wenn andererseits bereits mit seinem Wissen Fakten geschaffen wurden bzw. werden. „Ein derartiges Hintergehen der Öffentlichkeit sucht seinesgleichen“, macht sich Fraktionsvorsitzender Thomas Gosmann seinen Unmut Luft. „Es gibt gute Gründe für die Errichtung eines Mehrgenerationenhauses. Dies ist der demografischen Entwicklung geschuldet. Hier stehen wir am Anfang eines Entwicklungsprozesses für die nächsten Jahre und Jahrzehnte“, so Gosmann. Ein solches Projekt müsse aber auch von der Bevölkerung akzeptiert werden. Hier

stelle der Standort das Projekt bereits vor Probleme, da die Belange der Anwohner nicht hinreichend berücksichtigt würden. Berthold Siewer unterstützt: „Im Abwägungsprozess – wenn ein solcher bisher überhaupt stattgefunden hat – überwiegt für uns die Unzumutbarkeit für die Anwohner durch die verkehrliche Belastung. Der Standort ist denkbar ungeeignet.“ Die SPD-Fraktion befürchtet ferner, dass mögliche Fragen zur Finanzierung des MGH-Projektes und die damit einhergehende denkbare Bezuschussung durch die Stadt nicht geklärt seien. Wer ein eindeutiges politisches Signal fordere, wünsche bereits den „kleinen Finger“. Mit der Frage einer möglichen Restfinanzierung nehme man

dann die ganze Hand.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Belange der betroffenen Anwohner. Ferner spricht sie sich für die Entwicklung eines tragfähigen Konzeptes zur Gestaltung des demografischen Wandels in Drolshagen aus. Hierzu wird sicherlich der gebildete Arbeitskreis „Demografie“, an dem die SPD-Fraktion ebenfalls teilnimmt, beitragen. Dieser Arbeitskreis hat zum Ziel, Drolshagen als kinder- und familienfreundlichen Wohnstandort zu profilieren, die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren und Handlungsempfehlungen für Drolshagen zu geben. Das ist nach Auffassung der Drolshagener Sozialdemokraten der richtige Weg und nicht der vorpreschende Alleingang einzelner Träger aus welchen Motiven auch immer.



Kreuzworträtsel

persönl. Fürwort	Sitz unserer Landesregierung	Budget	Vorname der Hari	erstaunter Ausruf	ehem. Berliner Sender	römisches Obergewand	Stacheltier
Regierungsform							
amerik. Bundesstaat				Planzen-teil	Abk. Untergeschoss holl.: nein	10	Neuaufgabe eines Oldies
Musikricht. der 60er Jahre				Fahne Kleiner Besen	6		1
geflocht. Metallschnüre							
engl. ist	3	Südseebewohner	Doppelvokal		Abk. Erster Klasse Blumengefäß		massay 0110
Fragewort			Nachrichtensender Abk. Nordr. Westf.		Ausruf des Verstehens Feiner Herr		5
Landesgremium	Motivation			8			zu wählende Person
dtisch. Schauspieler				Vertiefung im Gelände Mäzen			
nordeurop. Staat						schlangenartiger Fisch	Baustoff
lat. drei			jap. Brettspiel engl. Feld	12	rythm. Bewegung nach Musik		
Hühnerprodukt	7	Märchenfrau Schiffschlafstelle			Schubfach orient. Teppich		
		Stadt an der Nahe		4			
Abk. Oberbürgermeister		Kfz. Olpe		Wanderhirte			2
		Abk. für Junge Linke	9	europ. Raumfahrtbehörde		Schalterstellung	
Alle, ohne Ausnahme					freundlich	11	

Lösung:

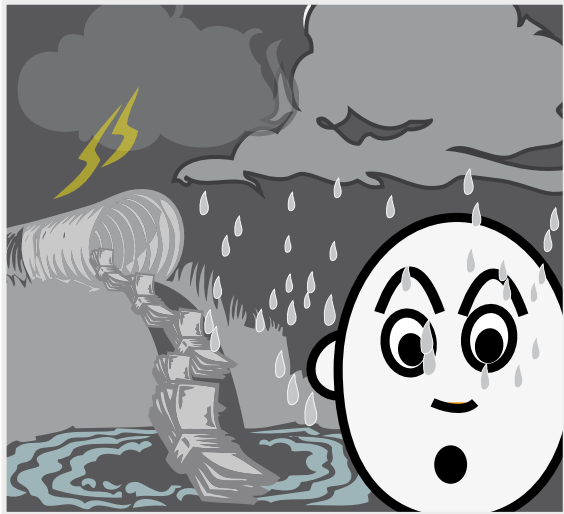
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Rückwirkende Abrechnung der Regenwassergebühr belastet viele Bürger

Die Neuberechnung der Abwassergebühr wird in Kürze bei vielen Hausbesitzern für große Überraschungen sorgen. Bekanntlich musste die Entwässerungssatzung geändert werden, da ein Obergericht entschieden hatte, dass die Kosten zur Regenwasserbeseitigung nicht auf Grundlage des Verbrauchs an Frischwasser berechnet werden dürfen. Vielmehr müsse berücksichtigt werden, wie viel Regenwasser tatsächlich durch versiegelte Flächen dem Abwasserkanal – und damit der Kläranlage – zugeleitet wird. In einem ersten Schritt wurde mittels Luftbildern eine Vermessung des Verhältnisses von Grünflächen zu versiegelten Flächen der einzelnen Grundstücke erstellt. Auf dieser Grundlage wurden dann die Regenwassergebühren neu kalkuliert.

Es geht vom Grundsatz her um einen gerechteren Gebührenmaßstab, denn hoch versiegelte Flächen, die das Oberflächenwasser dann in den städtischen Kanal einleiten, werden stärker zur Kasse gebeten wie bisher. Je geringer also die versiegelte Fläche, umso geringer die Regenwassergebühr. Die Gebührenstruktur ist nun

verändert worden. Gab es bisher die Unterscheidung zwischen Voll- und Teilanschlussgebühr, gibt es zukünftig nach Vorstellung der Verwaltung nur noch eine Schmutzwassergebühr und eine – bezogen auf die Versiegelungsfläche



– Niederschlagswassergebühr. Dies hat zur Folge, dass der bislang günstigere Teilanschluss je Kubikmeter Abwasser (berechnet nach der Frischwasserzufuhr) für 2010 um 0,88 € teurer wird, wohingegen die Vollanschlussgebühr sich um rund 0,53 € je Kubikmeter verringert. Hinzu kommt ferner die Regenwassergebühr mit 0,35 € je

Quadratmeter versiegelte Fläche. Es trifft daher also diejenigen härter, die bislang für einen Teilanschluss gezahlt haben und hohe versiegelte Flächen haben, deren Oberflächenwasser in den Kanal eingeleitet werden. Da eine Rückrechnung bis einschließlich 2007 erfolgt, wird es vielfach zu enorm hohen Nachzahlungen kommen. Für die SPD-Fraktion Anlass genug, die Kalkulation kritisch zu hinterfragen. Wiederum monieren die Drolshagener Sozialdemokraten, dass im Sinne des Gebührenzahlers nicht alle kalkulatorischen Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die Gebühr insgesamt zu verringern. So wäre es durchaus denkbar, den Abschreibesatz zu verringern. Bislang geht die Stadt davon aus, dass die Kanäle in 60 Jahren abgeschrieben sind. Wir halten es für möglich, die Kanäle auf 75 Jahre abzuschreiben. Ferner sind die kalkulatorischen Zinsen mit 4 % pro Jahr angesetzt. Hier halten wir ebenfalls eine Absenkung für angemessen. Bereits ein Prozentpunkt würden die vom Gebührenzahler aufzubringenden Gesamtkosten verringern und damit auch die Gebühr zurückführen. Die Verwaltung sieht kein Erfordernis, die Kalkulation zu ändern, so dass wir der Änderung Beitrags- und Gebührenordnung zur Entwässerungssatzung ablehnen.

SPD-Fraktion tagte öffentlich

Angebot von Bürgerschaft angenommen

Erstmals tagte die SPD-Fraktion öffentlich und ließ die anwesenden interessierten Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Meinungsbildung der unterschiedlichsten Punkte der letzten Ratssitzung teilhaben. Ausführlich führte Fraktionsvorsitzender Thomas Gosmann in die jeweiligen Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung ein. Unterstützt wurde er von seiner Fraktionskollegin Gabriele Valpertz und Fraktionskollegen Berthold Siewer und dem sachkundigen Bürger Hendrik Frydrych, die aus den Fachausschüssen weitere Aspekte zu den Sachthemen beitrugen. Nach Vor-

bereitung der Ratssitzung folgte im zweiten Teil der Veranstaltung die Erörterung und Diskussion zu weiteren aktuell anstehenden kommunalpolitischen Themen. Gleich ein ganzes Bündel von Themen galt es abzuarbeiten. Gleichzeitig erhielten die Anwesenden Einblick in die Arbeitsweise der Fraktion. Einige zeigten sich erstaunt über die Vielfalt von Themen, die im Rat anstehen und die es zu behandeln gilt. In offener Atmosphäre kamen Bürger



werden diese Art der Fraktionssitzungen auf jeden Fall fortführen“, so Siewer. Frydrych stellte klar, dass bekannt sei, dass sich jeder Einwohner Drolshagens mit seinen Anliegen an die SPD richten kann. Anruf

Gewinne:

- 1 Segelflug - 1 Rundflug im Motorsegler
- 1 Reise für 2 Personen zu MdB Petra Crone nach Berlin
- 1 Landtagsfahrt nach Düsseldorf für 2 Personen
- 5 x Essen für 2 Personen mit MdB Reinhard Jung im Landhaus Berghof, Wenden

Das Lösungswort auf einer frankierten Postkarte einsenden an:

Reinhard Jung, MdB
Abt-Luke-Straße 1
57482 Wenden

Einsendeschluss ist der 08.05.2010

und SPD-Fraktion ins Gespräch. „Transparenter geht es nicht“, zeigte sich Gosmann überzeugt. „Wir waren gespannt, wie unser Angebot angenommen werden würde. Wir

genüge und verwies auf eine Vielzahl von Anfragen aus den unterschiedlichsten Bereichen. „Ich komme wieder“, kommentierte ein Bürger zum Schluss der Veranstaltung und brachte seine Überraschung zum Ausdruck, wie interessant und kurzweilig Kommunalpolitik sein kann.

Die Gewinner werden benachrichtigt. Den Absender bitte deutlich angeben. Barauszahlung und Rechtsweg sind ausgeschlossen. Funktionsträger der Drolshagener SPD und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen.